

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Verlags-Adressen
Verlags-Adressen: 10341
Redaktions-Adressen: 10311

Druck- und Verlags-Adressen
Verlags-Adressen: 10341
Redaktions-Adressen: 10311

Druck- und Verlags-Adressen
Verlags-Adressen: 10341
Redaktions-Adressen: 10311

Rönig Alfons in Spanien vogelfrei

Ein Urteil der republikanischen Cortes

Madrid, 20. Nov. Die heutige Nachmittags-Sitzung der Cortes begann mit der Verteilung der Kallage gegen den früheren König Alfons XIII., wobei zu erwähnen ist, daß zwei Mitglieder des zur Feststellung der Verantwortlichkeit eingesetzten Ausschusses lediglich die dauernde Verbannung des früheren Königs fordernten. Hieran begann der ehemalige Präsident des spanischen Senats, Graf Romanones, der im folgenden seinen vorher abgelesenen Erklärungen noch den König verurteilte, seine Liebe mit der Erklärung, daß der Versuch gegen König Alfons geglückt nicht einwandfrei sei, da der Angeklagte nicht anwesend sei und sich nicht verteidigen könne.

Er führte weiter aus, daß für alle Vorfälle in Marocco der frühere König nicht allein verantwortlich sei. Es folgte eine Schilderung der Politik des Königs Alfons vor und nach der Diktatur. Graf Romanones ist der Ansicht, daß die öffentliche Meinung im Jahre 1926 einer Diktatur eher zugänglich gewesen sei, und daß in diesem Falle der frühere König Alfons nicht in besonderer Weise schuldig sei, wenn er damals das Parlament nicht einberufen habe. Immerhin erkannte der Redner an, daß es sich dabei um einen Verstoß gegen die Verfassung gehandelt habe. Hieran behandelte der Verteidiger der Reihe nach sämtliche Alfons XIII. vorgeworfenen Vergehen. Der Verteidiger erklärte zum Schluß an die Abgeordneten die dringende Mahnung, zunächst die Chemise zu wechseln, ehe sie ihr Urteil fällen.

Die Nachmittags-Sitzung der Cortes war am 4. Uhr früh beendet, nachdem vorher durch Ausschluss der Öffentlichkeit einmütig angenommen worden war, die von der Cortes verurteilte Verurteilung des früheren Königs betraute Kommission aufgeschlüsselt hatte.

Nach dem neuen Urteilspruch wird der ehemalige König Alfons des Hochverrats für schuldig erklärt und ihm vorgeworfen, daß er seine Reichsbeamten unter Kammerhandlung gegen die Verfassung des Staates ausgeübt habe.

Der Oberste Gerichtshof der Nation erklärte ihn deshalb als außerhalb des Gesetzes stehend. Der frühere König verlor daher alle Ansprüche auf seinen Besitz. Diese gehen in das Eigentum der Republik über. Jeder spanische Bürger kann ihn verhaften, falls er wieder spanischen Boden betreten sollte.

Ein Ozeanriesen in Flammen

Southern, 20. Nov. Auf dem im Trockendock von Belfast liegenden 19 000 Tonnen großen Turbinenmotor (H. P. 20 000) brach gestern um 11.30 Uhr Feuer aus. Um Mitternacht stand das ganze Schiff in Flammen. Die gesamte Feuerwehrtätigkeit konzentrierte sich auf den Vorschiffteil, die durch Kollision aufeinander folgende Explosionen sehr erschwert wurden. Um 3 Uhr früh begann das Schiff sich allmählich an die Seite zu neigen.

Die „Germania“ war bereits am 17. Juni d. J. im Hafen von Southampton (Bermuda) durch Feuer schwer beschädigt worden und nach verlustreicher Reparatur nach Belfast zurückgekehrt, wo die Wiederherstellungsarbeiten gestern bei Ausbruch des Feuers selbsterlöschend abgebrochen wurden. „Delta“ (T. 1000) wurde durch das Feuer ebenfalls schwer beschädigt und der Schaden eines Millionen Pfund Sterling übersteigt.

Streit in Belgien um Sarrasani

Berlin, 20. Nov. Nach Meldungen aus Brüssel ist man in Belgien zur Zeit in größter Aufregung über einen Vorfall, dessen indirekte Ursache der Dresdner Circus Sarrasani ist. Nach seinem Gastspiel in Holland wollte Sarrasani in Brüssel seine Zelte aufschlagen. Er erhielt zu diesem Zweck auch die Einreiseerlaubnis der belgischen Behörden. Nach längerem Suchen einigte man sich schließlich auf einen größeren Platz, der allerdings, da es sich um einen Truppenübungsplatz handelt, den militärischen Behörden untersteht. Der belgische Kriegsminister gab seine Zustimmung, daß Sarrasani auf diesem Platz sein Gastspiel absolvieren könne. In der belgischen Presse erhob sich daraufhin ein Sturm der Entrüstung gegen das Kriegsministerium, dem man vorwarf, es gelatte das Gastspiel eines deutschen Unternehmers auf dem gleichen Platz, auf dem während des Krieges die englische Spionin Miss Casel sowie eine Reihe belgischer Bürger erschossen worden sei.

Diesem Vorgehen schloßen sich immer mehr Blätter an. Auch in der Öffentlichkeit war die Aufregung so groß, daß schließlich das Kriegsministerium genötigt war, die ursprünglich erteilte Konzession wieder rückgängig zu machen. Die Brüsseler Theater nahmen die Konjunktur außerordentlich an und verlangten in Eingaben an die Regierung, sie möge das Gastspiel des deutschen Circus überhaupt verbieten, da die einheimischen Unternehmungen dadurch geschädigt würden. Der deutsche Gesandte in Brüssel machte schließlich interponieren. Sarrasani selbst reiste schließlich nach der belgischen Hauptstadt, um persönlich zu verhandeln. Der Konflikt behauptete, an dem er selbst nicht teilnahm. Schließlich einigte man sich dahin, daß Sarrasani erst in anderen Städten Belgiens sein Gastspiel absolvieren, um dann im April kommenden Jahres das für Dezember 1931 vorgesehene Auftreten nachzuholen.

Abkehr vom Wirtschaftsbeirat

Scharfe Kritik der Landwirtschaftsvertreter an der Reichsregierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Nov. Die drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, Dr. Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsbeirates, Nitterquiddeffler von Oppen, Landesrat, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, und Dr. Goldammer von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, haben seit Donnerstag an den Sitzungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung nicht mehr teilgenommen. Sie haben heute unter gleichzeitiger Unterstützung der Reichspräsidenten folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

„In unserem Bedauern sehen wir uns gezwungen, Ihnen nachstehende Erklärung zu unterbreiten. Als vor einigen Wochen die Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten an uns erging, uns zur Mitarbeit in dem neuen Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen, haben wir dies trotz der Erfolglosigkeit aller bisherigen Bemühungen, die Reichsregierung zu entscheidenden Maßnahmen für die Bewältigung dieser in Not geratenden Landwirtschaft zu veranlassen, getan, weil wir glaubten, uns einen letzten Versuch, in gemeinsamen Beratungen mit der Reichsregierung und den anderen Wirtschaftsweigen eine Überwindung der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands und damit auch eine Wiederbelebung der deutschen Landwirtschaft zu erreichen, nicht verlagern zu dürfen. Leider müssen wir heute, nach mehrwöchigen Verhandlungen, feststellen, daß wir von einer Klärung der Hauptprobleme noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es nach unserer Überzeugung an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates hat fehlen lassen. Aber diese Feststellung hätte uns allem nicht veranlassen können, von einer weiteren Mitarbeit in dem Wirtschaftsbeirat abzusehen, wenn nicht durch den Erlaß der neuen Notverordnung über die Schaffung einer ganz neuen Situation geschaffen worden wäre, die wir nicht hinzunehmen vermögen.“

Es wäre unseres Erachtens Pflicht der Reichsregierung gewesen, in Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat das gesamte Programm der Wirtschafts- und Finanzsanierung einheitlich zu beschließen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen. Wir können solche Methoden durch unsere weitere Mitarbeit im Wirtschaftsbeirat nicht mit unserer Verantwortung decken, da kein Bauer in West- oder Süddeutschland es verstehen würde, daß die zum Teil räuberische Eintreibung der von ihm aufzubringenden Lasten fortgesetzt, zu folgenden Zwangsversteigerungen führt, während gleichzeitig ein genereller Schutz für den Osten ausgedehnt wird. Der gegenwärtige Zustand ist um so untragbarer, als die Reichsregierung trotz der immer wiederholten Forderungen der deutschen Landwirtschaftskammer in den letzten Jahren nichts Entscheidendes für den Gang der bäuerlichen Erwerbswirtschaft getan hat und als gerade die Weltentwicklung für die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft einen verhängnisvollen Verlauf ge-

nommen hat und die Verzweiflungsstimmung in weitesten Kreisen gerade des Bauernstandes Formen anzunehmen droht, die zu einer Gefahr für unser Land werden muß. Die Reichsregierung ist immer wieder mit dem größten Nachdruck auf diese außerordentliche Gefahr aufmerksam gemacht worden, hat aber nichts Durchgreifendes zum Schutze der deutschen Bauern unternommen.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir für die ungeheure Not des Ostens, insbesondere der östlichen Landwirtschaft volles Verständnis haben und daß wir alle geeigneten Maßnahmen zur Binderung dieser Not begrüßen, daß aber diese Maßnahmen nur im Rahmen eines durchgreifenden Hilfsprogramms für die deutsche Landwirtschaft von uns vertreten werden können.

Solange aber bei der Reichsregierung ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange an der Methode der Einzelmaßnahmen wenig festgehalten wird, solange die wichtigsten und sofort durchführbaren Hilfsmaßnahmen — wir erinnern nur an den Futterpost und an die Volkshilfs-entwässerung — immer wieder hinausgeschoben werden, vermindern wir uns auch von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirates seinen durchschlagenden Erfolg zu versprechen.

Wir meinen deshalb den Arbeitern fernbleiben, bis sich die Reichsregierung zu einer Wendung dieser Richtung und zur Aufstellung eines klaren Programms wecks Durchführbarkeit der zur Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen entschließt.“

Im Gegensatz zu diesem Vorgange, der doch ohne weiteres als ein Scheitern der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates anzusehen ist, erhält man von amtlicher Stelle die optimistische Mitteilung, daß im Wirtschaftsbeirat „in zahlreichen Punkten eine Einigung erzielt worden sei und daß die Reichsregierung es zunächst ablehne, zu dem Schritt der Landwirtschaftsvertreter Stellung zu nehmen. Nachdem indessen die betreffenden drei Herren aus der Landwirtschaft ihr Schreiben der Öffentlichkeit seit übergeben haben, wird die Reichsregierung nicht weiter schwagen können. Ehe es zum Austritt der landwirtschaftlichen Vertreter kam, hieß es, daß sich die Gewerkschaftsvertreter bereits seit längerer Zeit mit der Absicht trügen, ihre Arbeiten am Wirtschaftsbeirat einzustellen. Nachdem ein solcher Schritt nunmehr von landwirtschaftlicher Seite erfolgt ist, werden die Gewerkschaften wohl dieser Konsequenz entgehen sein.“

Preußen verbietet

Berlin, 20. Nov. Der preussische Minister des Innern hat eine Verordnung erlassen, nach der die Veräußerung von Döb- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren verboten ist. Zuwiderhandlungen werden schwer bestraft. Eine weitere Verordnung soll in den nächsten Tagen erlassen werden. Danach ist für Kinder, die sich besonders begierig betätigen, ein generelles Verbot für ganz Preußen zu erwarten.

Das Ergebnis der Grandi-Reise

New York, 20. Nov. Der amtliche Besuch Grandis in Washington ist nunmehr beendet. Der italienische Außenminister wird noch einige Tage in New York, Philadelphia und Baltimore verbringen, bevor er nach Rom zurückkehrt. Grandis Besuch hat für beide Teile einen Gewinn gebracht. Der Außenminister Italiens nimmt die Gewissheit mit, daß die Seneser Abrüstungskonferenz Italien und die Vereinigten Staaten in einer gemeinsamen Front sehen wird, während Hoover die Gewissheit hat, daß Rom am Weltstandards festhalten werden und alle Finanzkrisen machen wird, um in der Flottenfrage eine Einigung mit Paris herbeizuführen. Die Lösung der Schuldenfrage ist dagegen nicht wesentlich gefördert worden, da die weitere Entwicklung durch das Hoover-Kapitalabkommen vorgezeichnet ist.

Dr. Weber dementiert

Das „Berliner Tageblatt“ wollte wissen, daß der ehemalige sächsische Finanzminister Dr. Weber von der Wirtschaftspartei zur Deutschnationalen Volkspartei überzugehen beabsichtige. Hierzu erklärte Dr. Weber dem Telentum Sachdienlich auf Anfrage, daß für ihn als Führer der Wirtschaftspartei Sachdienlich ein Sympathisieren mit den Deutschnationalen, beispielsweise sein Vorklagen, einen deutschnationalen Abgeordneten zum sächsischen Landtagspräsidenten zu wählen nicht als gleichbedeutend mit einem Uebertreten zu dieser Partei sei.

Auch in der der Wirtschaftspartei nahestehenden „Korrespondenz“ für Politik, Wirtschaft und Kultur wird erklärt, daß die Rutmachung des „F.“ unklar sei. Dr. Weber habe in der Wirtschaftspartei nicht nur nicht an Boden gewonnen, sondern mehr und mehr an Boden verloren.

Fünf pädagogische Akademien geschlossen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 20. Nov. Anlässlich der schwierigen Finanzlage hat die preussische Regierung sich veranlaßt gesehen, die Zahl der pädagogischen Akademien in Preußen von 15 auf 10 herabzusetzen. Demgemäß stellen die Akademien Göttingen, Kottbus, Erfurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Elbing, Frankfurt a. O., Breslau, Barmen, Halle, Kiel, Hannover, Potsdam, Bonn und Frankfurt a. W. finden im Jahre 1932 Reueinnahmen nicht statt.

In dieser Nummer
beginnen wir mit unserem
neuen Roman